

# Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rappach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rappach).  
Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rappach).

**Die Ausgabe**  
folgt wöchentlich 5 mal. Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

**Ämtliches Publikations-Organ**  
der städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

**Inserationspreis**  
für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Zeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 25.

Lahn, Sonnabend, den 29. Februar 1908.

5. Jahrgang.

## Tages-Nachrichten.

Unser Kaiser nahm an einer Festlichkeit des Garde-Regiments in Potsdam teil anlässlich des Jahrestages seines Eintritts in die Armee. Nach Berlin zurückgekehrt, wohnte der Monarch der Schlussbesichtigung in der Militärturnanstalt bei und besuchte später mit der Kaiserin nochmals die Ausstellung englischer Gemälde. — Die Mittelmeerreise unfres Kaiserpaars, die erst gegen Ende des Monats März angetreten wird, dien lediglich der Erholung und steht mit politischen Dingen in keinem Zusammenhang. Das wird im Anschluß an die Dementierung der Angabe, wonach der Kaiser auf Korfu eine türkische Sonderabordnung empfangen werde, halbamtlich erklärt. — Am Donnerstag hörte der Kaiser die Vorträge des Reichstanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen v. Schön. Am Tage zuvor hatte der Monarch den Freiherrn v. Stengel, bisherigen Reichs-Justizsekretär, in Abschiedsaudienz empfangen. Abends fand bei dem Kaiserpaar aus Anlaß der 27. Wiederkehr seines Hochzeitstages eine größere Tafel statt.

**Berlin.** Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ trat die Reise ins Mittelmeer an. In Venedig werden der Kaiser und die Kaiserin an Bord der Jacht gehen. Auf der Kreuzfahrt im Mittelmeer sowie während des Aufenthaltes auf Korfu wird das Kaiserpaar Begegnungen mit verschiedenen Fürstlichkeiten, wahrscheinlich auch mit dem Könige Eduard von England haben, der am Montag London verläßt und vor dem eigentlichen Beginn seiner Mittelmeerfahrt eine Begegnung mit König Alfons von Spanien haben wird.

**Berlin.** Die Meldung eines französischen Blattes, unser Kaiser habe in einem Gespräch mit dem verstorbenen französischen Kultusminister Proust die Erweiterung Elsaß-Lothringens als einen schweren Fehler der deutschen Politik bezeichnet, ist selbstverständlich falsch. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt aber noch offiziell, daß der Kaiser eine derartige Äußerung niemals getan habe.

**Berlin.** Der Hochzeitsfeier für den Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore von Ruß wird als Vertreter unfres Kaisers Prinz August Wilhelm von Preußen beiwohnen.

**Berlin.** Die Budgetkommission des Reichstags beendigte die Generaldebatte des Etats für Ostafrika und erledigte einen Teil des Spezialstats, um die Verhandlungen am heutigen Freitag fortzusetzen. Es wurde ein Kompromißantrag der freisinnigen Volkspartei angenommen, wonach die Hüttensteuer von 1,8 auf 2 Millionen Mark erhöht wird. Ein Antrag Liebert (Apt.), der eine Erhöhung auf 2,2 Millionen forderte, wurde abgelehnt. In der Debatte sprach sich der Staatssekretär, der dafür allerdings nur die Zustimmung des sozialdemokratischen Redners fand, für Beibehaltung der Hüttensteuer in Höhe von 1,8 Millionen aus sowie gegen die Selbstverwaltung der Kolonie, die dem Reichstage die nötige Einsicht und den nötigen Einfluß auf die Verwendung der Mittel entziehe. — Die Vereinsrechtskommission des Reichstags behandelte den Stein des Anstoßes, den § 7 der Vorlage, der für öffentliche Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache fordert und Ausnahmen von der Genehmigung der Landeszentralbehörde abhängig macht. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten beantragten Streichung des ganzen Paragraphen, die Polen verlangen in einem Eventualantrage, daß alle Sprachen, die Reichsangehörigen als Muttersprache dienen, als deutsche Sprachen zu behandeln sind. Ein Kompromißantrag der Freisinnigen endlich will den Gebrauch einer fremden Sprache von der Bedingung abhängig machen, daß solche Versammlungen dreimal 24 Stunden vorher bei der Polizei mit Angabe der Sprache, in der verhandelt werden soll, angemeldet

werden. Der freisinnige Redner erklärte, daß seine Freunde eventuell noch zu weiterem Entgegenkommen bereit seien. Da mehrere Mitglieder sich zum Herrenhaus begeben mußten, so verschob der Staatssekretär seine Antwort auf die vorliegenden Anträge auf den heutigen Freitag. — Die Börsenkommission des Reichstags einigte sich beim § 52 der Vorlage, der von den Verbindlichkeiten gegenüber einem Börsentermingeschäft handelt, auf einen Kompromißantrag. — Im „Reichsanzeiger“ wurde das Gesetz veröffentlicht, wonach die Majestätsbeleidigung nur strafbar ist, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Die Verfolgung verjährt in 6 Monaten.

**Berlin.** Der Seniorentenkonvent des Reichstages beschloß, am 10. April in die Osterferien zu gehen und im Mai eine Vertagung bis zum Herbst eintreten zu lassen. Die Reichsfinanzreform wird also vor der großen Sommerpause nicht mehr in Angriff genommen. Das war nach dem Wechsel im Reichsjustizamt vorausgesehen, wurde von einigen Seiten aber hartnäckig bestritten.

**Berlin.** Die zweitägige Schlacht im preussischen Herrenhause um die Enteignungsvorlage hat mit dem Siege der Regierung geendigt. Mit 143 gegen 111 Stimmen wurde der das Enteignungsrecht betreffende Paragraph in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Der nationale Standpunkt so erfreulichen Ausganges der Debatte hatten die berufsmäßigen Vogel- und Zeichendeuter nicht mehr zu glauben gewagt. Die Entscheidung war eine Ueberraschung, die sich um so weniger vorhersehen ließ, als das Herrenhaus ja nicht gleich dem Reichstage in bestimmte Parteien abgegrenzt ist, sondern weil dort jedes Mitglied selbständig handelt. Auch am zweiten Beratungstage waren Saal und Tribünen dicht gefüllt; es war aber glücklicherweise eine Ueberfüllung der Journalistenplätze, wie am Tage zuvor, vermieden worden. Auch der Kronprinz war wieder erschienen. Wie man sich im Saale erzählte, war das Herrenhausmitglied Herzog Ernst Günther, der Bruder unfres Kaiserin, einer der entschiedensten Gegner der Polenvorlage.

**Berlin.** Der Bundesrat genehmigte in seiner jüngsten Plenarsitzung die Zivilprozeßnovelle, die in der Hauptsache eine Beschleunigung des amtgerichtlichen Verfahrens bringen soll.

**Berlin.** Die Verjüngung der deutschen Armee schreitet fort. Seit einem Jahre sind allein in Preußen 7 neue kommandierende Generale ernannt worden. Die verabschiedeten Generale hatten laut „Köln. Ztg.“ ein mittleres Lebensalter von 59½ Jahren, während die französische Altersgrenze 65 Jahre beträgt und unsere 1870 ins Feld rückenden kommandierenden Generale durchschnittlich 62 Jahre zählten. Die deutschen Divisionskommandeure zählen im Mittel 56 Lebensjahre gegen 61 in Frankreich. Ungünstiger liegen die Verhältnisse in den mittleren und unteren Dienstgraden. — In den diesjährigen Kaisermandvorn zwischen dem elsässischen und dem lothringischen Armeekorps werden eine bayerische Infanterie- und eine bayerische Kavalleriedivision teilnehmen.

**Berlin.** Der Titeltampf des früheren Obersten Gädke ist zum sechsten Male und endgiltig entschieden worden. Viermal war Gädke wegen Führung des Oberstentitels freigesprochen worden, das fünfte Mal wurde er zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt und dieses Urteil ist soeben vom Kammergericht in Berlin bestätigt worden.

**Gera.** Fürst Ferdinand von Bulgarien weilt bereits auf Schloß Ostenstein bei Gera, wo am Sonntag seine Vermählung mit der Prinzessin Eleonore von Ruß stattfindet.

**Oldenburg.** Die Finanzlage Oldenburgs ist so

günstig, daß beschlossen wurde, die Steuern um 10 Prozent herabzusetzen. Glückliches Land!

**Stuttgart.** König Wilhelm von Württemberg hat anlässlich seines 60. Geburtstages 34 Strafgefangene der württembergischen Gefängnisse begnadigt.

**Wien.** Ein schönes Wort von der Gleichheit aller Stände hat der ehrwürdige Kaiser Franz Josef gesprochen. Auf dem zu Ehren der Delegationen gegebenen Hofdiner sagte der Monarch zu dem dem Bürgertum angehörenden Präsidenten der ungarischen Delegation, den Abgeordneten Boreboz, der seinen Platz neben dem Kaiser hatte: Es freut mich sehr, daß heute ein dem bürgerlichen Stande Angehöriger als Präsident der ungarischen Delegation neben mir sitzt. Es gibt vor mir keinen Unterschied der Stände zwischen meinen Staatsbürgern, und ich trete sehr gern mit allen Bürgern meiner Länder in Berührung.

## Preussisches Herrenhaus.

Ein großer, ein bedeutungsvoller Tag war der Mittwoch, an dem die Polenvorlage zur weiteren Beratung stand. In dem dichtbesetzten Hause erregte die Anwesenheit des Kronprinzen in der Hofloge Aufsehen. Der Redekampf wurde eingeleitet durch den Landwirtschaftsminister v. Arnim, der die Enteignung als unentbehrlich bezeichnete, um die deutsche Besiedelung des Ostens zu fördern. Der Minister schloß mit der Bitte, die Beschlüsse der Herrenhauskommission abzulehnen und die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen. Drei Gegner der Enteignung folgten: Graf Mirbach, der Posener Oberbürgermeister Wilms und Frhr. Lucius v. Balthausen. Die Hauptrede hielt Graf Mirbach, der u. a. auf das Ausland hinwies und von einer Gewissensfrage sprach. Trotz seines Widerstandes in diesem Falle sei er national und unterstütze er die Politik des Fürsten Bülow. Ministerpräsident Fürst Bülow erwiderte, wir hätten keinen Anlaß, uns unsere innere Politik vom Auslande diktieren zu lassen. Schon Fürst Bismarck habe erklärt, Rücksichten der auswärtigen Politik dürften die innere Bewegungsfreiheit eines Staates nie beeinträchtigen. Und wenn man sich gerade Deutschland gegenüber eine Kritik erdreiste, so seien wir selbst schuld, weil wir alles Fremde so bewunderten. Mehr ruhiges Nationalgefühl tue uns not. Der Ministerpräsident betonte, den Wegen Bismarcks zu folgen, und empfahl einen Antrag des Frankfurter Oberbürgermeisters Ubidess, der die Abgeordnetenhausbeschlüsse im wesentlichen wiederherstellt. Zu den Gegnern der Enteignung gehört auch Feldmarschall Graf Häßeler.

Die Donnerstagssitzung, die von 11½ mittags bis 1/7 Uhr abends dauerte und der wieder der Kronprinz beiwohnte, brachte die Entscheidung und den Sieg des Fürsten Bülow. Die Polenvorlage wurde angenommen und die Enteignung nach dem Antrage Ubidess (Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse im wesentlichen) mit 143 gegen 111 Stimmen beschlossen. In der Erörterung hielt Graf Oppersdorff die vom Fürsten Bismarck eingeschlagene Polenpolitik nicht für richtig, bestritt, daß sich die Enteignung mit den Grundsätzen des geltenden Rechts und der Verfassung in Einklang bringen lasse, und machte den Vorschlag, die Ostmarkenfrage einer außerparlamentarischen Konferenz zu unterbreiten. Justizminister Weseler betonte, daß der rechtliche Weg, den das Gesetz wähle, un-